

Vorwort

Die vorherrschende ökonomische Standardlehre hat der Beziehung von Kultur und Wirtschaft lange Zeit wenig Beachtung geschenkt, was dazu geführt hat, dass sie viele Phänomene und aktuelle Entwicklungen nicht angemessen erklären konnte. Ein Beispiel dafür sind die unübersehbaren Probleme vieler grenzüberschreitender Zusammenschlüsse von Unternehmen (*mergers and acquisitions*), bei denen oft zu wenig beachtet wurde, dass gerade auch wirtschaftliches und unternehmerisches Handeln von kulturell je unterschiedlichen Traditionen und Werten geprägt ist. Auch im Bereich der Entwicklungspolitik ist die systematische Vernachlässigung sozio-kultureller Faktoren lange Zeit ein wesentlicher Grund für das Scheitern oder die geringe Wirksamkeit vieler entwicklungspolitischer Projekte gewesen.

Inzwischen hat jedoch ein Umdenken eingesetzt und dem Verhältnis von Ökonomie und Kultur wird in seinen wechselseitigen Bezügen deutlich mehr Beachtung geschenkt, v.a. in den theoretischen und praktischen Debatten um die Globalisierung. Dabei ist das Beziehungsgeflecht alles andere als eindeutig. Einerseits schien mit dem Scheitern des realexistierenden Sozialismus weltweit die Grundentscheidung für die Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild gefallen zu sein. Angesichts der globalen Verbreitung entsprechender Produktions- und Konsummuster („McDonaldisierung der Welt“) hat in vielen Teilen der Welt auch die Angst vor dem Verlust kultureller Vielfalt zugenommen. Andererseits verkennt eine einseitige Sicht vom unaufhaltbaren Siegeszug der Marktwirtschaft nach westlichem Muster die wachsende Vielfalt marktwirtschaftlicher Ordnungen und ihrer je unterschiedlichen kulturellen und politischen Grundlagen. Gibt es doch unübersehbare Anzeichen dafür, dass sich zunehmend Marktwirtschaften nach chinesischem, islamischem oder afrikanischem Muster ausbilden.

Bereits die Analyse der wechselseitigen Bezüge zwischen Ökonomie und Kultur ist also keineswegs eindeutig. In theoretischer wie praktischer Hinsicht sind damit nämlich eine ganze Reihe von Herausforderungen verbunden, von denen hier beispielhaft nur einige angedeutet werden.

Zunächst ist zu klären, welche Methoden und Konzepte geeignet sind, um die Beziehung von Ökonomie und Kultur angemessen analysieren zu können. Welche sozialwissenschaftlichen Modelle sind in der Lage, die geschichtlich-kulturelle Vielfalt des wirtschaftlichen Geschehens theoretisch adäquat zu erfassen? Eng damit verbunden ist die Schwierigkeit, Kultur begrifflich und konzeptionell angemessen zu erfassen, was wiederum die Grundlage für eine Beantwortung der Frage ist, wie und auf welche Weise kulturelle Faktoren das jeweilige Wirtschaften beeinflussen.

Aus philosophischer, besonders ethischer Perspektive stellt sich sodann die grundlegende Frage, wie man mit dem Spannungsfeld zwischen moralischem Universalismus einerseits und partikularen Wertvorstellungen einzelner Kulturen andererseits umgeht. Dabei ist allerdings auch zu klären, ob und inwiefern die kulturelle Vielfalt als solche überhaupt einen Wert an sich darstellt. Im Hinblick auf mögliche Handlungsoptionen sind in einem zweiten Schritt dann auch ethische Maßstäbe für die politische Gestaltung des Spannungsfelds von globalem Wirtschaften und kultureller Vielfalt zu entwickeln und zu begründen. All diese Herausforderungen bedürfen einer gründlichen Analyse und einer theoretischen Reflexion, was notwendigerweise eine interdisziplinäre Perspektive erfordert.

Der vorliegende Sammelband will dazu einen Beitrag leisten. Grundlage dafür sind die Referate und Diskussionsbeiträge eines Symposions des Forschungs- und Studienprojekts der Rottendorf-Stiftung an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München, das am 11./12. Mai 2007 stattgefunden hat.

Johannes Wallacher zeigt in seinem einleitenden Beitrag aus primär ökonomischer Sicht einige Hintergründe der aktuellen Debatte um die komplexe Beziehung von Ökonomie und Kultur auf. Er zeichnet zunächst die beiden Extreme der Akzentuierung des Verhältnisses von Ökonomie und Kultur nach, nämlich die Kulturvergessenheit der ökonomischen Standardlehre auf der einen und die kulturdeterministische Erklärung ökonomischer Entwicklungsverläufe auf der anderen Seite, die in den letzten Jahren viel Beachtung gefunden hat. Auf dieser Basis werden sodann Herausforderungen und Ansatzpunkte für eine interdisziplinäre Entwicklung von Konzepten und Methoden zur angemessenen Analyse der kulturellen Prägung wirtschaftlichen Handelns erörtert.

Die Ethnologin **Carola Lentz** geht anschließend der Frage nach, inwiefern Kultur als Erklärungsfaktor für wirtschaftliche Entwicklung oder Stagnation in Afrika gelten kann. Dabei geht sie zunächst auf die Mehrdeutigkeit des Kulturbegriffs sowie die Begriffsgeschichte innerhalb ihrer eigenen Disziplin ein und schlägt dann zur Untersuchung des Wandels im Verhältnis von Kultur und Wirtschaft die Unterscheidung zwischen drei Analyseebenen vor: strukturelle Rahmenbedingungen,

Handlungen und Ideologien. Schließlich formuliert und begründet sie ihre grundlegende These, nach der Kultur, zumindest in einem engeren Sinne von Normen und Werten, lediglich einen Aspekt in einem komplexen Bedingungsgefüge darstellt und wirtschaftliche Entwicklung in Afrika insgesamt nur geringfügig determiniert. Dies beleuchtet sie aus zweierlei Perspektiven: anhand des komplexen Ursachenbündels für die wirtschaftliche Stagnation in Afrika seit den 1970er-Jahren und anhand des bis heute bedeutsamen Systems der patrilinearen Verwandtschaftsverbände.

Zu einer ganz unterschiedlichen Einschätzung kommt der Ökonom **Helmut Leipold** in seiner institutionenökonomischen Untersuchung zur Relevanz des Islam für die wirtschaftliche Entwicklung. Dabei stellt er zunächst die beiden in der Wissenschaft vertretenen Positionen und ihre Methoden vor: Die weithin geteilte Diagnose einer relativen institutionellen und wirtschaftlichen Stagnation in den von Leipold in den Blick genommenen arabischen Staaten wird von den einen, die quellenexegetisch arbeiten und den Islam in Koran und Sunna für wirtschaftlich irrelevant halten, hauptsächlich mit historisch-politischen Faktoren begründet. Die anderen, zu denen Leipold sich zählt, argumentieren demgegenüber ideenexegetisch und führen die relative Stagnation auf eine reformbehindernde Entwicklung seit der islamischen Frühzeit zurück. Leipold spricht von einem theonom-kommunitären Weltbild, das eine selbständige Rechtsauslegung und Urteilsfindung untergrabe und zu einer Erstarrung des Denkens und damit der Institutionen geführt habe. Dies erkläre die Dominanz autoritärer Herrschaftsstrukturen und die Erschwerung einer arbeitsteiligen Wirtschaftsentwicklung.

Der Philosoph **Franz Martin Wimmer** reflektiert über die Bedingungen interkulturellen Philosophierens. Dies steht im Gegensatz sowohl zu der Idee einer exklusiven Gültigkeit der eigenen Denk- und Lebensform als auch zu der Vorstellung verschiedener Denkweisen, die in sich evtl. gültig sein mögen, aber aufgrund der Unmöglichkeit von Kommunikation und Perspektivenwechsel inkompatibel bleiben. Interkulturell orientiertes Philosophieren setzt vielmehr die Überzeugung einer Komplementarität verschiedener philosophischer Traditionen voraus. Wimmer führt dazu nach der Darstellung unterschiedlicher Formen von kulturellen Zentrismen seine Idee des „Polylogs“ ein, das er als Leitbild für den Umgang mit kulturellen Differenzen im Zeitalter der Globalisierung ansieht. Charakteristisch dafür ist, dass sich Philosophierende verschiedener Kulturtraditionen als Gleiche begegnen. Dabei sind sie sowohl überzeugt, mit ihrer Position zu einer Frage im Recht zu sein, als auch offen gegenüber differierenden Positionen anderer.

Mit dem Zinsverbot und seiner Legitimation und Praxis im islamischen, vorchristlichen und christlichen Bereich bringt der Wirtschaftsethiker und Islamwissenschaftler **Peter Schmiedel** im fünften Beitrag ein konkretes Beispiel für die

Wechselwirkungen zwischen Kultur und Wirtschaft. So hat die Ächtung von Kapitalzinsen, die im Islam bis heute als ungerechtfertigte Bereicherung angesehen wird, zur Entwicklung eines eigenständigen Finanzsystems, des *Islamic Banking*, geführt. Im Christentum wurde diese bis ins Spätmittelalter gleichermaßen bestehende und religiös begründete Praxis in der Neuzeit immer mehr aufgegeben. Auch versucht Schmiedel mit seinem Beispiel eine Anwendung des „Polylogs“ auf eine zentrale wirtschaftsethische Fragestellung aufzuzeigen: Statt einer ex post-Legitimation der Abschaffung des Zinsverbots suggeriert Schmiedel einen Polylog mit dem Islam über den Verzicht auf Kapitalzinsen und die Frage, wie man die tendenziell zum Selbstzweck gewordene Wirtschaft wieder stärker an das Gemeinwohl zurückbinden könnte.

Im sechsten Beitrag analysiert der Politologe **Rainer Tetzlaff** anhand von akteurs- und systemtheoretischen Ansätzen das Verhältnis von endogenen, exogenen und strukturellen Faktoren für den geringen Entwicklungserfolg der allermeisten Staaten südlich der Sahara, die, im Gegensatz etwa zu asiatischen ehemaligen Kolonien, als Globalisierungsverlierer gelten können. Bei der Erörterung der Handlungsspielräume unterstreicht er, dass es weniger um ausgleichende Ressourcentransfers gehe (dagegen spräche u.a. das von ihm als sehr gravierend eingeschätzte institutionalisierte Korruptionsverhalten der Eliten und Regierungen) als vielmehr um *good governance* im Sinne v.a. von *responsible leadership* und die kollektive Aneignung (*ownership*) von Entwicklungsprozessen. Die zwar fragile, aber erkennbare Tendenz zu mehr demokratischer Partizipation der Zivilgesellschaft und zu mehr Rechtsstaatlichkeit deuteten zumindest im politischen Bereich auf einen gewissen Lernprozess hin. Für den notwendigen Strukturwandel komme es allerdings auf das Zusammenwirken von – bei Tetzlaff im Einzelnen diskutierten – Veränderungsprozessen auf der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, individuellen und ökologischen Ebene an.

Zum Schluss problematisiert die bei der Deutschen UNESCO-Kommission tätige **Christine M. Merkel** die ökonomische Nutzung von Kulturgütern. Mit dem UNESCO-Übereinkommen über Schutz und Förderung kultureller Vielfalt von 2005 stellt sie ein innovatives Instrument zur politischen Ordnung des Weltmarktsegmentes auf, das weltweit mit die höchsten Wachstumsraten aufweist. Kernstück ist dabei das Recht jedes Staates, regulatorische und finanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um die kulturelle Vielfalt auf seinem Staatsgebiet zu schützen und zugleich den Handel mit Kulturgütern weltweit zu befördern. Umstritten ist, wie die kulturpolitischen Spielräume, die den Staaten in der Konvention gewährt werden, im Verhältnis zu den Verpflichtungen aus den WTO-Verträgen, insbesondere dem GATS, auszulegen sind. Die Kompromissformel einer „wechselseitigen Ergänzung ohne Unterordnung“ wird sich in internationalen Verhandlungen noch durchsetzen und in der Umsetzung als praktikabel erweisen

müssen. Insbesondere für die Länder des Südens, die bisher unter krassen Ungleichgewichten leiden, wäre eine Erweiterung der staatlichen Förderungsmöglichkeiten von entscheidender Bedeutung.

Am Ende dieses Vorworts möchten wir es nicht versäumen, uns bei Frau Cecylia Milewski für die Erstellung der Druckvorlage zu bedanken.

München, August 2008

Die Herausgeber